

Zehnte Sitzung – Dixième séance**Mittwoch, 6. Oktober 1982, Vormittag****Mercredi 6 octobre 1982, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Dreyer

Le président: Vous aurez certainement appris par certaine presse ce matin que notre collègue Peter Hefti passe aujourd'hui un cap important de son existence puisqu'il fête son 60^e anniversaire. Nous félicitons chaleureusement notre collègue, qui cache sa jeunesse sous ses cheveux blancs, et nous formons des vœux très amicaux pour sa santé afin qu'il conserve sa vivacité d'esprit, ne serait-ce que pour animer de temps à autre nos débats. (*Applaudissements*)

82.032

Verwaltungsgebäude Eigerstrasse 65, Bern.**Erwerb****Immeuble administratif****Eigerstrasse 65 à Berne. Acquisition**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 21. April 1982 (BBI II, 69)
 Message et projet d'arrêté du 21 avril 1982 (FF II, 73)

Antrag der Kommission

Eintreten und Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Entrer en matière et adhérer au projet du Conseil fédéral

Matossi, Berichterstatter: Zunächst eine Vorbemerkung zu den Unterkunftsverhältnissen der allgemeinen Bundesverwaltung. Von 1961 bis 1981 erhöhte sich der Raumbedarf um nicht weniger als 30 Hektaren. Das entspricht zwei stattlichen Bauernbetrieben. Derzeit sieht das so aus, dass die bundeseigene gesamte Nutzfläche im Zeitraum 1961 bis 1981 von 10 auf 20 Hektaren und die gemieteten Nutzflächen von 6 auf 10 Hektaren aufgestockt wurden. Zu unserem heutigen Geschäft. In der Märzsession 1975 bewilligten die eidgenössischen Räte einen Verpflichtungskredit von 20 Millionen Franken für den Kauf eines Verwaltungsgebäudes an der Eigerstrasse 61 in Bern. Schon bei der Behandlung der damaligen Vorlage liess man sich von der Überzeugung leiten, dass die örtlich stark aufgesplitterten Departemente sowohl von der reinen Kostenseite als auch von den Arbeitsabläufen aus betrachtet ein grosser Nachteil sind. Dazu kam, dass infolge Teuerung auf dem Bausektor und der überdurchschnittlich grossen Nachfrage nach Büroräumlichkeiten in der Stadt Bern Anfang der siebziger Jahre eine starke Kostensteigerung einsetzte. Die durchschnittlichen Mietkosten pro Quadratmeter Büronutzfläche erhöhten sich im Zeitraum von 1961 bis 1981 von 49 auf 182 Franken. Aufgrund dieser neuen Entwicklung formulierte das Amt für Bundesbauten folgende kurz- bis mittelfristige Ziele: Bereitstellung eigener Gebäude (Neubau oder Kauf von bestehenden Liegenschaften), Reduktion der Mietgebäude und schliesslich die Nutzung der bundeseigenen Landreserven im Raume Bern. Die Benützung im Mietverhältnis sollte nur noch erfolgen bei der Übernahme von neuen Aufgaben, wenn eine Unterbringung in bundeseige-

nen Gebäuden kurzfristig nicht möglich war, bei Kündigung bestehender Mietverträge oder beim Nachweis günstiger längerfristiger Mietverträge.

Vor zehn Jahren bot sich Gelegenheit, an der Eigerstrasse den Bau eines grossen zusammenhängenden Verwaltungstraktes sicherzustellen. Leider war das Land bereits im Besitze von Immobiliengesellschaften, die sich die Erstellung als Generalunternehmer vorbehalten. In der damaligen Botschaft des Bundesrates an das Parlament wurde erwähnt, dass der Kauf des Gebäudes Eigerstrasse 61 nur sinnvoll sei, wenn in einem späteren Zeitpunkt auch das östlich gelegene Haus erworben werden könne. Um den Kauf der ersten Liegenschaft gab es im Nationalrat in der Märzsession 1975 eine längere Auseinandersetzung. Die beiden Räte stimmten der damaligen Kreditvorlage erst zu, als die Kaufs- und Vertragsbedingungen für das heute zur Diskussion stehende Gebäude an der Eigerstrasse 65 wesentlich verbessert werden konnten. So konnte zum Beispiel im Vertrag das Kaufrecht sichergestellt, die Kaufverpflichtung aber wegbedungen werden. Ferner wurden bezüglich Honoraransätzen und Teuerungsberechnungen bei Kauf oder Miete wesentliche Vergünstigungen eingehandelt. Damit war grünes Licht für die Erstellung des heute zur Diskussion stehenden Gebäudes gegeben. Die Bauzeit dauerte zweieinhalb Jahre, und am 1. März 1980 wurde der Neubau an der Eigerstrasse 65 mietweise bezogen. Heute beherbergen die beiden Komplexe 350 der 700 Mitarbeiter der Eidgenössischen Steuerverwaltung, die vorher in sieben verschiedenen Gebäuden untergebracht waren.

Der Auszug der Eidgenössischen Steuerverwaltung aus den Häusern der Bundesgasse 32–36 entsprach einem lange gehegten Wunsch für eine bessere Gruppierung der allgemeinen Bundesverwaltung. Es konnten nicht nur Mietobjekte aufgegeben, sondern auch Möglichkeiten geschaffen werden, gewisse Raumansprüche des Parlamentes, der Parlamentsdienste und der Bundeshausjournalisten zu erfüllen. Über Baubeschrieb, Vorverträge, Kaufpreis usw. orientiert Sie die Botschaft auf den Seiten 6 bis 9. Unsere Kommission verband die Beratung der Vorlage mit einer Besichtigung, wobei wir uns auf die Abteilung Registraturautomaten, EDV-Anlagen und Technische Betriebe beschränkten.

Auf unseren ausdrücklichen Wunsch erhielten wir vorgängig der Sitzung von der Eidgenössischen Finanzverwaltung bzw. vom Amt für Bundesbauten eine umfangreiche, sorgfältig zusammengestellte zusätzliche Dokumentation von 192 Seiten. Wir wollten vor allem für die nachstehend genannten Bereiche mehr Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung haben: erstens eine Bauabrechnung mit allen Details inklusive Notariatskosten, zweitens die Durchleuchtung der Positionen Landpreise, Grundstückgewinnsteuern, Generalunternehmerhonorare, Unternehmergewinn und drittens Kostenvergleiche Eigerstrasse 61 (Baujahr 1975) und Eigerstrasse 65 (Baujahr 1980), wobei uns die Vergleiche der Anlagekosten pro Arbeitsplatz und der indexkorrigierten Kubikmeterpreise besonders interessierten, und schliesslich die Berechnung von Alternativlösungen bzw. Überlegungen, ob eine Miete längerfristig nicht günstiger wäre als der Kauf, oder ob ein Kauf erst bei Ablauf des jetzigen Mietvertrages im Jahre 1987 günstiger wäre als ein Erwerb im Jahre 1983.

Unsere Kommission kam nach einer lebhaften Diskussion zur Ansicht, auf das Geschäft einzutreten. Sie empfiehlt Ihnen einstimmig, einen Verpflichtungskredit von 28,2 Millionen Franken für den Erwerb des Verwaltungsgebäudes Eigerstrasse 65 zu bewilligen.

Andermatt: Vor acht Jahren haben wir dem Kauf der Liegenschaft Eigerstrasse 61 zugestimmt. Wir haben damals auch davon Kenntnis genommen, dass der Bundesrat mit der Eigentümerin der Parzelle Eigerstrasse 65 einen Mietvertrag mit Kaufrecht und Kaufverpflichtung abgeschlossen hatte. Der Nationalrat stimmte damals dem Kaufvertrag erst zu, als die Bedingungen für das Gebäude Eigerstrasse 65 wesentlich verbessert werden konnten. Die Liegenschafts-

verwaltung des Bundes kam damals wegen dieses Geschäftes, aber auch wegen früherer Geschäfte, unter starken Beschuss. Es wurde eine Reorganisation und Verbesserung dieses Dienstes gefordert.

Mit der gleichen Botschaft unterbreitete der Bundesrat 1974 dem Parlament einen Antrag für einen Sammelkredit von 50 Millionen Franken für Grundstückerwerbe. Angesichts der grossen Schwierigkeiten beim Kauf der Eigerstrasse 61 und angesichts der offensichtlichen Mängel beim Liegenschaftsdienst hat der Bundesrat damals seinen Antrag betreffend Sammelkredit zurückgezogen. In verschiedenen Voten im Nationalrat kam zum Ausdruck, dass vor einem neuen Kreditbegehren beim Liegenschaftsdienst organisatorische und personelle Änderungen vorzunehmen seien. Diese organisatorischen und personellen Änderungen sind in der Zwischenzeit erfolgt. Die Kommission wurde zum neuen Geschäft sehr gut dokumentiert, und an der Sitzung erhielten wir über alle Details umfassende Auskunft. Mir scheint, dass die Vertrauensbasis zum Liegenschaftsdienst wieder hergestellt ist, und es erhebt sich die Frage, ob es nicht angezeigt wäre, in absehbarer Zeit dem Bundesrat wieder wie früher einen Sammelkredit für Grundstückerwerb zur Verfügung zu stellen. Ich bin mir bewusst, dass dieser Vorschlag bei vielen Parlamentariern auf Kritik stossen wird. Ich möchte aber doch zu bedenken geben, dass mit dem derzeitigen Prozedere im Grundstückerwerb der Bundesrat sehr stark benachteiligt ist. Was für Gemeinden, Städte und Kantone richtig ist, sollten wir auch dem Bundesrat zubilligen. Es wäre zu prüfen, ob eventuell als weitere Prüfungsinstanz bei Grundstückerwerbungen – wie in anderen Fällen – die Finanzdelegation oder die Finanzkommissionen eingeschaltet werden könnten. Ich empfehle Ihnen Eintreten auf die Anträge des Bundesrates und bitte Herrn Bundesrat Ritschard, zur Frage eines neuen Sammelkredites Stellung zu nehmen.

Bundesrat Ritschard: Ich danke Herrn Ständerat Andermatt für diese Anregung. Selbstverständlich werde ich sie gerne prüfen lassen. Ich bin mit ihm überzeugt, dass es gerade für diese Käufe in der Regel sehr vorteilhaft wäre, wenn der Bund rascher handeln könnte, als es heute möglich ist. Ich werde das Problem dem Bundesrat unterbreiten und Ihnen gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag stellen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Gesamtberatung – Traitement global du projet

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Titre et préambule, art. 1 et 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 37 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

79.450

Motion Donzé

Simultanübersetzung

Traduction simultanée

Wortlaut der Motion vom 20. Juni 1979

Das Büro wird beauftragt, bei der zuständigen Stelle zu veranlassen, dass in den Sitzungen des Ständerates die Simultanübersetzung eingeführt wird. Die Simultanübersetzungen oder eine einfachere, aber gleichwertige Art der

Übersetzung soll auch für die Sitzungen der Kommissionen der Bundesversammlung vorgesehen werden.

Texte de la motion du 20 juin 1979

Le Bureau est chargé d'intervenir auprès de l'autorité compétente aux fins d'obtenir l'introduction généralisée de la traduction simultanée pour les séances du Conseil des Etats et son introduction dans les séances des commissions de l'Assemblée fédérale, chaque fois qu'elle se justifie ou de prévoir des formes plus simples mais adéquates des traductions.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Gassmann, Lieberherr, Meylan, Miville, (Morier-Genoud, Péquignot), Schaffter, Weber (8)

M. Dreyer soumet, au nom du Bureau élargi, le rapport écrit suivant:

1. Développement oral du motionnaire aux séances du bureau élargi des 15 janvier 1980 et 24 août 1981, ainsi qu'à la séance du Conseil des Etats du 20 mars 1980 (*Bull. off.* 1980, p. 169).

Le désir exprimé par le motionnaire est dans la ligne des divers efforts tentés pour résoudre les problèmes que soulève le multilinguisme dans notre pays. Incontestablement, les barrières linguistiques créent des difficultés au Parlement. Même si l'on admet que la règle du bilinguisme prévaut parmi les parlementaires, il existe toujours de nouveaux problèmes de compréhension, notamment lorsque le sujet est épineux ou technique, ou les deux à la fois. La politique – l'art de discourir – a besoin d'une compréhension immédiate. Or, souvent, il n'y a pas de débat véritablement spontané dans les conseils et les commissions parce qu'on n'est pas à même de se comprendre mutuellement. Le motionnaire souligne en outre qu'on renonce de plus en plus fréquemment à traduire des documents écrits par mesure de simplifications ou pour des raisons d'économie. Le motionnaire ne tient pas à faire de l'introduction de la traduction simultanée une affaire politique, bien que le problème des minorités se pose. Pour lui, il s'agit au contraire d'une question technique. A son avis, il est possible de contribuer à franchir les barrières linguistiques en améliorant la communication avec des moyens relativement restreints. La traduction simultanée n'est qu'une des diverses mesures à prendre à cet effet. On ne voit pas bien pourquoi elle ne serait utilisée que dans l'un des deux conseils. Au Conseil national, où l'on présente encore des rapports en deux langues à la différence du Conseil des Etats, nul ne conteste la nécessité de la traduction simultanée. Même si quelques rares membres du Parlement y recourent – argument contre ce procédé – elle atteint son but. Avec des installations techniques modernes, il devrait être possible d'assurer la traduction simultanée aussi au Conseil des Etats, sans pour cela porter préjudice à l'architecture du Palais fédéral.

Quant à la traduction simultanée dans les commissions, elle devrait être à disposition du moins lorsqu'on traite des objets importants et délicats.

2. La traduction simultanée au Conseil national.

Alors que la traduction simultanée a été introduite à l'assemblée plénière en 1946 déjà (voir *Bull. off.* 1946, 224 ss), elle constitue toujours une exception dans les commissions du Conseil national. C'est pourquoi M^{me} Christinat a demandé le 25 septembre 1978, par sa motion n° 78.491, qu'on accorde l'aide technique et financière nécessaire afin que les débats des commissions parlementaires puissent faire l'objet d'une traduction simultanée. Par la suite, le bureau a proposé au conseil de transformer la motion en postulat, suggestion que le Conseil national a approuvée le 13 mars 1979. Le Bureau a estimé qu'instituer la traduction simultanée dans toutes les commissions est aller trop loin, et qu'il faudrait aussi mettre à l'épreuve d'autres types de traduction. En raison de l'accumulation de séances de commission durant une période déterminée, il se pose également des problèmes d'organisation (man-

Verwaltungsgebäude Eigerstrasse 65, Bern. Erwerb

Immeuble administratif Eigerstrasse 65 à Berne. Acquisition

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.032
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.10.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	503-504
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 963

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.